

# Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
 Einleitung .....	1
 <b>Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten</b>	
<b>Geldwäschegesetz – GWG</b> .....	69

## Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete

§ 1	Begriffsbestimmungen .....	69
§ 2	Verpflichtete .....	98

## Abschnitt 2. Sorgfaltspflichten und interne Sicherungsmaßnahmen

§ 3	Allgemeine Sorgfaltspflichten .....	166
§ 4	Durchführung der Identifizierung .....	216
§ 5	Vereinfachte Sorgfaltspflichten .....	246
§ 6	Verstärkte Sorgfaltspflichten .....	264
§ 7	Ausführung durch Dritte .....	293
§ 8	Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht .....	308
§ 9	Interne Sicherungsmaßnahmen .....	317

## Abschnitt 2a. Vorschriften für das Glücksspiel im Internet

§ 9a	Interne Sicherungsmaßnahmen der Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 12 .....	374
§ 9b	Spieleridentifizierung .....	384
§ 9c	Spielerkonto und Transparenz der Zahlungsströme .....	388
§ 9d	Besondere Sorgfaltspflichten für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2a .....	392

## Abschnitt 3. Zentralstelle für Verdachtsmeldungen, Meldepflichten und Datenverwendung

§ 10	Zentralstelle für Verdachtsmeldungen .....	395
§ 11	Meldung von Verdachtsfällen .....	407
§ 12	Verbot der Informationsweitergabe .....	431
§ 13	Freistellung von der Verantwortlichkeit .....	443
§ 14	Meldepflicht von Behörden .....	448
§ 15	Heranziehung und Verwendung von Aufzeichnungen .....	451

# Inhaltsübersicht

	Seite
<b>Abschnitt 4. Aufsicht, Zusammenarbeit und Bußgeldvorschriften</b>	
§ 16 Aufsicht	454
§ 16a Zusammenarbeit mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung sowie mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde	469
§ 17 Bußgeldvorschriften	474
<b>Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz – KWG)</b>	487
§ 6a Besondere Aufgaben	487
§ 24c Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	506
§ 25f Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr	521
§ 25g Interne Sicherungsmaßnahmen	538
§ 25h Vereinfachte Sorgfaltspflichten	573
§ 25i Vereinfachungen bei der Durchführung der Identifizierung	581
§ 25j Verstärkte Sorgfaltspflichten	583
§ 25k Gruppenweite Einhaltung von Sorgfaltspflichten	595
§ 25l Verbotene Geschäfte	604
§ 25m Sorgfalts- und Organisationspflichten beim E-Geld-Geschäft	606
<b>Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdienstenaufsichtsgesetz (ZAG)</b>	615
§ 261 StGB – Geldwäsche	626
<b>Sachregister</b>	679

# Inhaltsverzeichnis

	Rn.
<b>Einleitung</b>	
I. Geldwäsche – Begriffe, Modelle, Erscheinungsformen und Normen . . . .	1
1. Verwendung des Begriffs im allgemeinen Sprachgebrauch . . . . .	1
2. Begriff der Geldwäsche in der Kriminologie . . . . .	3
3. Modelle der Geldwäsche . . . . .	5
a) Überblick der Modelle . . . . .	6
b) Das herrschende Drei-Phasen-Modell . . . . .	7
4. Erscheinungsformen der Geldwäsche – ausgewählte Beispiele . . . . .	12
a) Fingierte Firmen und Geschäfte . . . . .	12
b) Nutzung von „gatekeeper“-Berufsgruppen . . . . .	19
c) „Offshore“-Finanzplätze . . . . .	24
d) Informelle Geldtransfersystem (Hawala uÄ) . . . . .	27
e) Intransparente geschäftliche Organisationsformen . . . . .	38
f) Schnittmengen von Geldwäsche und Steuerkriminalität . . . . .	43
g) Immobilien, Kunst und Luxusgüter . . . . .	45
h) Versicherungspolice und Finanzmarktprodukte . . . . .	52
i) Weitere Erscheinungsformen der Geldwäsche – insbesondere im virtuellen Bereich . . . . .	54
5. Typologien verdächtiger Transaktionen . . . . .	55
6. Konzepte der Geldwäschebekämpfung im internationalen Kontext . . . .	58
a) Vereinte Nationen . . . . .	59
b) Gruppe der Sieben (G-7) bzw. der Acht (G-8) . . . . .	60
c) Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) . . . . .	61
d) Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) . . . . .	73
e) Europarat . . . . .	74
f) Europäische Gemeinschaft . . . . .	78
7. Die strafrechtliche Dimension – der Geldwäschetatbestand des § 261 StGB . . . . .	94
II. Gesellschaftliche und ökonomische Gefahren von profitorientierter Kriminalität und „schmutzigem“ Geld . . . . .	101
1. Erkenntnisse über die Strukturen profitorientierter Kriminalität – „Mafia“ . . . . .	101
2. Investitionsverhalten . . . . .	104
3. Volkswirtschaftliche Auswirkungen . . . . .	105
4. Paradoxon: Der Boom der AML-Industrie . . . . .	106
III. Geldwäsche als Kriminalität der Mächtigen; politisch exponierte Personen .	107
1. Kleptokratie . . . . .	107
2. Korruption . . . . .	110
3. Politisch exponierte Personen (PEP) . . . . .	116
IV. Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung . . . . .	125
1. Politischer Kontext 9/11 . . . . .	125
2. Probleme der Begriffsdefinition und Zuordnung von Phänomenen . . .	129
3. Volumen und Erscheinungsformen der Terrorismusfinanzierung . . . .	132
4. „Kosten“ von terroristischen Aktivitäten . . . . .	134
5. Praxis und rechtliche Problematik der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung durch Listings . . . . .	136

	Rn.
V. Die Entwicklung der Geldwäschebekämpfung vom rule based zum risk based approach	147
VI. Geldwäschebekämpfung als Teil einer expandierenden Sicherheitsarchitektur	158
VII. Schlusswort	169

## Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten Geldwäschegesetz – GWG

### Abschnitt 1. Begriffsbestimmungen und Verpflichtete

#### § 1 – Begriffsbestimmungen

I. Allgemeines	1
II. Identifizieren (Abs. 1)	5
III. Terrorismusfinanzierung (Abs. 2)	11
1. Taten nach §§ 129a, 129b StGB und dem Rahmenbeschluss 2002/475/JI	14
2. Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat nach § 89a Abs. 1, 2 Nr. 4 StGB	17
IV. Geschäftsbeziehung (Abs. 3)	21
1. Beschränkung auf geschäftstypische Leistungen	22
2. Auf eine gewisse Dauer angelegt	23
3. Verhältnis zu § 154 Abs. 2 AO	25
V. Transaktion (Abs. 4)	29
VI. Glücksspiele im Internet (Abs. 5)	35
VII. Wirtschaftlich Berechtigter (Abs. 6)	40
1. Begriff	40
2. Fallkonstellationen des wirtschaftlich Berechtigten	46
a) Eigentümergleiche Stellung bzw. Kontrolle	46
b) Fremdnützige Gestaltungen	54
c) Handeln auf Veranlassung	60
VIII. Gleichwertiger Drittstaat (Abs. 6a)	63
IX. Verordnungsermächtigung (Abs. 7)	67

#### § 2 – Verpflichtete

I. Allgemeines	1
II. Kreditinstitute (Abs. 1 Nr. 1)	5
1. Begriff der Kreditinstitute im Sinne des GWG	5
2. Kreditinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 Satz 1 KWG	12
a) Einlagengeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 KWG)	16
b) Pfandbriefgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1a KWG)	17
c) Kreditgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 KWG)	18
d) Diskontgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 KWG)	19
e) Finanzkommissionengeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 KWG)	20
f) Depotgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 KWG)	21
g) Revolvinggeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7 KWG)	22
h) Garantiegeldgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 8 KWG)	23
i) Scheck- und Wechseleinzugsgeschäft, Reisescheckgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9 KWG)	24
j) Emissionsgeschäft (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 10 KWG)	25

k) Tätigkeit als zentrale Gegenpartei im Sinne von § 1 Abs. 31 KWG (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 12 KWG) . . . . .	26
III. Finanzdienstleistungsinstitute (Abs. 1 Nr. 2) . . . . .	27
1. Begriff der Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne des GwG . . . . .	27
2. Finanzdienstleistungsinstitute im Sinne von § 1 Abs. 1 a KWG . . . . .	31
a) Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 KWG) . . . . .	36
b) Anlageberatung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 a KWG) . . . . .	37
c) Betrieb eines multilateralen Handelssystems (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 b KWG) . . . . .	40
d) Platzierungsgeschäft (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 1 c KWG) . . . . .	41
e) Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 2 KWG) . . . . .	42
f) Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 3 KWG) . . . . .	43
g) Eigenhandel (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 4 KWG) . . . . .	44
h) Drittstaatenanlagenvermittlung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 5 KWG) . . . . .	45
i) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 6 KWG aF) . . . . .	46
j) Sortengeschäft (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 7 KWG) . . . . .	47
k) Ausgabe und Verwaltung von Kreditkarten und Reiseschecks (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 8 KWG aF) . . . . .	48
l) Factoring (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 9 KWG) . . . . .	49
m) Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 10 KWG) . . . . .	56
n) Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1 a Satz 2 Nr. 11 KWG) . . . . .	63
IV. Institute iSd § 1 Abs. 2 a Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (Abs. 1 Nr. 2a) . . . . .	67
1. Institutsbegriff iSd § 1 Abs. 2 a ZAG . . . . .	67
2. Zahlungsinstitute iSv § 1 Abs. 1 Nr. 5 ZAG . . . . .	69
a) Ein- und Auszahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 ZAG) . . . . .	71
b) Zahlungsgeschäft ohne Kreditgewährung (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 ZAG) . . . . .	73
c) Zahlungsgeschäft mit Kreditgewährung (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 ZAG) . . . . .	79
d) Zahlungsauthentifizierungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 ZAG) . . . . .	80
e) Digitalisiertes Zahlungsgeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 5 ZAG) . . . . .	84
f) Finanztransfergeschäft (§ 1 Abs. 2 Nr. 6 ZAG) . . . . .	86
3. E-Geld-Institute iSv § 1 a Abs. 1 Nr. 5 ZAG . . . . .	91
V. Agenten und E-Geld-Agenten iSd § 1 Abs. 7 und § 1 a Abs. 6 Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz (Abs. 1 Nr. 2b) . . . . .	93
VI. Unternehmen und Personen, die E-Geld vertreiben oder rücktauschen (Abs. 1 Nr. 2c) . . . . .	98
VII. Finanzunternehmen (Abs. 1 Nr. 3) . . . . .	107
1. Begriff . . . . .	107
2. Geschäftsaktivitäten . . . . .	108
VIII. Versicherungsunternehmen (Abs. 1 Nr. 4) . . . . .	116
1. Fallgestaltungen . . . . .	117
2. Produkte . . . . .	119
3. Anwendungsbereich . . . . .	123
4. §§ 80 c ff. VAG . . . . .	127
IX. Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH (Abs. 1 Nr. 4a) . . . . .	133
X. Versicherungsvermittler (Abs. 1 Nr. 5) . . . . .	135
XI. Kapitalanlage- und selbstverwaltende Investmentaktiengesellschaften (Abs. 1 Nr. 6) . . . . .	142
XII. Rechtsanwälte, Kammerrechtsbeistände, Patentanwälte und Notare (Abs. 1 Nr. 7) . . . . .	146
XIII. Nicht verkammerte Rechtsbeistände und registrierte Personen iSv § 10 RDG (Abs. 1 Nr. 7a) . . . . .	162

	Rn.
XIV. Wirtschaftsprüfer, Buchprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte (Abs. 1 Nr. 8) . . . . .	168
XV. Dienstleister für Gesellschaften und Treuhandvermögen und Treuhänder (Abs. 1 Nr. 9) . . . . .	174
XVI. Immobilienmakler (Abs. 1 Nr. 10) . . . . .	177
XVII. Spielbanken (Abs. 1 Nr. 11) . . . . .	181
XVIII. Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen im Internet (Abs. 1 Nr. 12) . . . . .	184
XIX. Personen, die gewerblich mit Gütern handeln (Abs. 1 Nr. 13) . . . . .	189
XX. Verordnungsermächtigung (Abs. 2) . . . . .	193

## **Abschnitt 2. Sorgfaltspflichten und interne Sicherungsmaßnahmen**

### **§ 3 – Allgemeine Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Allgemeine Sorgfaltspflichten (Abs. 1) . . . . .	5
1. Identifizierung des Vertragspartners (Abs. 1 Nr. 1) . . . . .	6
2. Ermittlung des Geschäftszweckes (Abs. 1 Nr. 2) . . . . .	12
3. Abklärung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1 Nr. 3) . . . . .	17
a) Abklärung bei natürlichen Personen . . . . .	22
b) Abklärung bei juristischen Personen und Personengesellschaften . . . . .	24
c) Sonderfälle . . . . .	27
4. Überwachung der Geschäftsbeziehung (Abs. 1 Nr. 4) . . . . .	29
III. Pflichtauslösende Ereignisse (Abs. 2) . . . . .	39
1. Begründung einer Geschäftsbeziehung (Abs. 2 Satz 1 Nr. 1) . . . . .	40
2. Gelegentliche Transaktionen außerhalb einer dauerhaften Geschäftsbeziehung (Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) . . . . .	44
a) Sorgfaltspflichten auslösende Geschäftsvorfälle . . . . .	53
b) Verdacht auf Smurfing . . . . .	75
3. Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung (Abs. 2 Satz 1 Nr. 3) . . . . .	79
4. Zweifel über Identitätsangaben (Abs. 2 Satz 1 Nr. 4) . . . . .	88
5. Privilegierung für Personen, die gewerblich mit Gütern handeln (Abs. 2 Satz 2, 5) . . . . .	91
6. Besondere Sorgfalts- und Dokumentationspflichten für Verpflichtete iSv § 2 Abs. 1 Nr. 2b und c (Abs. 2 Satz 3, 4) . . . . .	94
IV. Identifizierungspflicht der Spielbanken (Abs. 3) . . . . .	98
V. Risikoorientierte Bestimmung des Maßnahmenumfangs (Abs. 4) . . . . .	103
1. Bildung von Risikokategorien . . . . .	107
2. Risikoeinstufung und Kernsorgfaltspflichten . . . . .	113
3. Errichtung interner Kontrollen . . . . .	116
4. Darlegungspflicht (Abs. 4 Satz 2) . . . . .	119
VI. Mitteilungspflicht der Versicherungsvermittler (Abs. 5) . . . . .	121
VII. Beendigungsverpflichtung (Abs. 6) . . . . .	126

### **§ 4 – Durchführung der Identifizierung**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Zeitpunkt der Identifizierung (§ 4 Abs. 1 GwG iVm §§ 25i KWG, 80f Abs. 3 VAG) . . . . .	3
III. Absehen von Identifizierung (Abs. 2) . . . . .	8
IV. Feststellung der Identität des Vertragspartners (Abs. 3) . . . . .	16
1. Angaben bei natürlichen Personen (Abs. 3 Nr. 1) . . . . .	17

2. Angaben bei juristischen Personen oder Personengesellschaften (Abs. 3 Nr. 2) . . . . .	27
3. Durchführung der Identifizierung bei Abschluss von Lebens- oder Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr (§ 80f Abs. 1 und 2 VAG) . .	31
V. Identitätsüberprüfung (Abs. 4) . . . . .	37
1. Identitätsüberprüfung bei natürlichen Personen (Abs. 4 Satz 1 Nr. 1) . .	38
2. Identitätsüberprüfung bei juristischen Personen und Personengesellschaften (Abs. 4 Satz 1 Nr. 2) . . . . .	52
3. Verordnungsermächtigung (Abs. 4 Satz 2) . . . . .	58
VI. Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 5) . . . . .	59
1. Feststellung und Verifizierung der Identität . . . . .	62
2. Sonderfälle . . . . .	70
VII. Mitwirkungspflicht des Vertragspartners (Abs. 6) . . . . .	90

### § 5 – Vereinfachte Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Abs. 1) . . . . .	4
III. Fallgruppen (Abs. 2) . . . . .	7
1. Privilegierte Kundengruppen (§ 5 Abs. 2 Satz 1) . . . . .	10
a) Verpflichtete iSv § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 (Abs. 2 Satz 1 Nr. 1) . . . . .	12
b) Börsennotierte Gesellschaften (Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) . . . . .	18
c) Anderkonten rechtsberatender Berufe (Abs. 2 Satz 1 Nr. 3) . . . . .	22
d) Behörden und öffentliche Einrichtungen (Abs. 2 Satz 1 Nr. 4) . . . . .	29
2. Privilegierte Produkte (§§ 25h KWG, 6 Abs. 5 InvG, 80e VAG) . . . . .	32
a) Produkte und Verträge iSv § 25h KWG ggf. iVm § 6 Abs. 5 InvG . .	33
b) Produkte und Verträge iSv § 80e VAG . . . . .	37
3. Erweiterung auf Finanzunternehmen iSv § 2 Abs. 1 Nr. 3 (Abs. 2 Satz 2) .	40
IV. Eingeschränkte Anwendbarkeit (§§ 5 Abs. 3 GwG, 25h Abs. 2 KWG, 80e Abs. 2 VAG) . . . . .	41
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 4) . . . . .	42

### § 6 – Verstärkte Sorgfaltspflichten

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Politisch exponierte Personen (Abs. 2 Nr. 1) . . . . .	3
1. Erfasster Personenkreis . . . . .	4
2. Die verstärkten Sorgfaltspflichten . . . . .	12
a) Feststellung der PEP-Eigenschaft . . . . .	13
b) Zustimmung zur Begründung der Geschäftsbeziehung . . . . .	17
c) Die Bestimmung der Herkunft von Vermögenswerten . . . . .	20
d) Verstärkte kontinuierliche Überwachung der Geschäftsbeziehung . .	23
III. Bewertung der Regelungen zu politisch exponierten Personen . . . . .	26
IV. Physisch nicht anwesende Vertragspartner (Abs. 2 Nr. 2) . . . . .	30
V. Zweifelhafte oder ungewöhnliche Sachverhalte (Abs. 2 Nr. 3) . . . . .	33
VII. Tatsachen oder Bewertungen nationaler oder internationaler Stellen (Abs. 2 Nr. 4) . . . . .	34
VII. Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 3) . . . . .	36

### § 7 – Ausführung durch Dritte

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Kreis der kraft Gesetzes zuverlässigen Dritten (Abs. 1) . . . . .	6

1. In einem Mitgliedstaat der Europäischen Union ansässige Dritte (Abs. 1 Satz 3) . . . . .	7
2. In einem Drittstaat ansässige Dritte (Abs. 1 Satz 4) . . . . .	10
3. Erhebung und Übermittlung von Angaben und Informationen (Abs. 1 Satz 5, 6) . . . . .	12
III. Kraft Vertrages zuverlässige Dritte (Abs. 2) . . . . .	15
1. Vertragliche Vereinbarung (Abs. 2 Satz 1) . . . . .	16
2. Zuverlässigkeitsprüfung (Abs. 2 Satz 3) . . . . .	18
3. Postident-Verfahren . . . . .	22
4. Deutsche Botschaften, Außenhandelskammern und Konsulate (Abs. 2 Satz 6) . . . . .	27
5. Übermittlung von Daten . . . . .	29
IV. Rechtsfolge . . . . .	30
V. Verordnungsermächtigung (Abs. 3) . . . . .	33

## **§ 8 – Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflicht**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Aufzeichnungspflicht (Abs. 1) . . . . .	2
1. Anwendungsbereich (Abs. 1 Satz 1) . . . . .	2
2. Umfang der Aufzeichnungspflicht (Abs. 1 Satz 2) . . . . .	3
3. Art der Aufzeichnung (Abs. 1 Satz 3) . . . . .	7
a) Fotokopie . . . . .	8
b) Ausdruck . . . . .	10
c) Niederschrift und EDV-Erfassung . . . . .	11
4. Aufzeichnung bei Absehen von Identifizierung (Abs. 1 Satz 4) . . . . .	12
5. Elektronische Signatur (Abs. 1 Satz 5) . . . . .	13
6. Aufzeichnungspflicht im Fall des § 6 Abs. 2 Nr. 2 (Abs. 1 Satz 6) . . . . .	14
III. Arten der Aufbewahrung (Abs. 2) . . . . .	15
IV. Aufbewahrungsfrist (Abs. 3) . . . . .	20
V. Vorlage bei einer öffentlichen Stelle (Abs. 4) . . . . .	21

## **§ 9 – Interne Sicherungsmaßnahmen**

1. Grundsatz (Abs. 1) . . . . .	1
II. Interne Sicherungsmaßnahmen (Abs. 2) . . . . .	5
1. Geldwäsche-Beauftragter (Abs. 2 Nr. 1) . . . . .	9
a) Aufgabenbereich . . . . .	13
b) Vertretungsberechtigung und Weisungsbefugnisse . . . . .	17
c) Kompetenzen und Ausstattung . . . . .	19
d) Bestellung und Entpflichtung . . . . .	21
e) Grundsatz der Funktionstrennung . . . . .	23
2. Interne Sicherungssysteme und Kontrollen (Abs. 2 Nr. 2) . . . . .	27
a) Aufbauorganisation . . . . .	30
b) Sicherungssysteme . . . . .	47
c) Kontrollhandlungen . . . . .	72
d) Missbrauch von neuen Technologien (Nr. 2 Satz 2) . . . . .	81
3. Unterrichtungspflicht (Abs. 2 Nr. 3) . . . . .	85
a) Unterrichtung über Typologien und aktuelle Methoden der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung . . . . .	90
b) Schulungen über die zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung bestehenden Pflichten . . . . .	94
c) Form der Unterrichtung und Dokumentation . . . . .	98



	Rn.
4. Zuverlässigkeitsprüfung (Abs. 2 Nr. 4) . . . . .	101
III. Auslagerung auf Dritte (Abs. 3) . . . . .	116
1. Berufsausübung innerhalb eines Unternehmens (Abs. 3 Satz 1) . . . . .	117
2. Auslagerung von internen Sicherungsmaßnahmen auf Dritte – Outsourcing (Abs. 3 Satz 2 und 3) . . . . .	118
IV. Anordnungsbefugnis (Abs. 4) . . . . .	124
V. Anordnungen und Bestimmungen im Einzelfall (Abs. 5) . . . . .	134

## **Abschnitt 2a. Vorschriften für das Glücksspiel im Internet**

### **§ 9a – Interne Sicherungsmaßnahmen der Verpflichteten nach § 2 Absatz 1 Nummer 12**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Interne Sicherungsmaßnahmen im Einzelnen . . . . .	5
III. Befugnisse der Behörden (Abs. 6 und 7) . . . . .	9

### **§ 9b – Spieleridentifizierung**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Identifizierung von Spielern und wirtschaftlich Berechtigten (Abs. 1 und 2) . . . . .	2
III. Informationspflichten (Abs. 3) . . . . .	4

### **§ 9c – Spielerkonto und Transparenz der Zahlungsströme**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Spielerkonto und Zahlungsströme . . . . .	2

### **§ 9d – Besondere Sorgfaltspflichten für Verpflichtete nach § 2 Absatz 1 Nummer 1 und 2a**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Sorgfaltspflichten im Einzelnen; Anordnungsbefugnis der zuständigen Behörde . . . . .	2

## **Abschnitt 3. Zentralstelle für Verdachtsmeldungen, Meldepflichten und Datenverwendung**

### **§ 10 – Zentralstelle für Verdachtsmeldungen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Grundlagen der Errichtung und der Aufgaben der Zentralstelle für Verdachtsmeldungen = Financial Intelligence Unit (FIU) . . . . .	3
III. Allgemeine Aufgabenbeschreibung des § 10 Abs. 1 Satz 1 GwG . . . . .	5
IV. Konkretisierte Aufgabenzuweisungen des § 10 Abs. 1 Satz 2 . . . . .	7
V. Einbindung der FIU in die europäische Ebene der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung (§ 10 Abs. 2) . . . . .	17
VI. Bereichsspezifische Datenschutzregelungen für die Tätigkeit der FIU (§ 10 Abs. 3 und Abs. 4) . . . . .	21

### **§ 11 – Meldung von Verdachtsfällen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verpflichtung zur unverzüglichen Verdachtsmeldung (§ 11 Abs. 1) . . . . .	15
III. Form der Verdachtsmeldung (§ 11 Abs. 2) . . . . .	24

	Rn.
IV. Stillhaltepflicht nach Abgabe einer Verdachtsmeldung (§ 11 Abs. 1a) . . . . .	26
V. Befreiung von der Meldepflicht bei Rechtsberatung und Prozessvertretung (§ 11 Abs. 3 Satz 1) . . . . .	30
VI. Missbrauch der Rechtsberatung für Zwecke der Geldwäsche und Terroris- musfinanzierung (§ 11 Abs. 3 Satz 2) . . . . .	33
VII. Übermittlung der Meldungen an die Bundesberufskammern (§ 11 Abs. 4) . . . . .	37
VIII. Verhältnis der Meldung zu § 261 Abs. 9 StGB (§ 11 Abs. 5) . . . . .	39
IX. Verwendungsvorbehalt des Inhalts einer Meldung (§ 11 Abs. 6) . . . . .	40
X. Rechtsverordnungsermächtigung (§ 11 Abs. 7) . . . . .	45
XI. Mitteilungspflicht der Staatsanwaltschaft an die FIU; Auskunft an Verpflich- tete; Verwendungsvorbehalt (§ 11 Abs. 8) . . . . .	47

## **§ 12 – Verbot der Informationsweitergabe**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verbot der Informationsweitergabe (§ 12 Abs. 1 Satz 1) . . . . .	2
III. Ausnahmeregelung des § 12 Abs. 1 Satz 2 . . . . .	5
1. Übermittlung an staatliche Stellen bzw. an die zuständigen Behörden (Abs. 1 Satz 2 Nr. 1) . . . . .	6
2. Übermittlung zwischen den derselben Gruppe angehörenden Instituten oder Unternehmen (Abs. 1 Satz 2 Nr. 2) . . . . .	7
a) Dieselbe Institutsgruppe iSd § 10a KWG . . . . .	8
b) Dieselbe Finanzholding-Gruppe iSd § 10a KWG . . . . .	9
c) Dasselbe Finanzkonglomerat iSd § 1 Abs. 2 Finanzkonglomerate-Auf- sichtsgesetz . . . . .	10
d) Derselben Versicherungs-Holdinggesellschaft iSd § 104a Abs. 2 Nr. 4 des Versicherungsaufsichtsgesetzes, derselben gemischten Versiche- rungs-Holdinggesellschaft iSd § 104a Abs. 2 Nr. 5 des Versicherungs- aufsichtsgesetzes oder derselben gemischten Finanzholding-Gesell- schaft iSd des § 2 Absatz 10 des Finanzkonglomerate-Aufsichtsgesetzes oder derselben Finanzkonglomerat iSd § 1 Abs. 2 des Finanzkonglo- merate Aufsichtsgesetzes angehörende Institute und Unternehmen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder aus gleichwertigen Drittstaaten . . . . .	11
3. Übermittlung bei rechtsberatenden Berufen (Abs. 1 Satz 2 Nr. 3) . . . . .	14
4. Übermittlung in Fällen, die sich auf denselben Vertragspartner und die- selbe Transaktion beziehen (Abs. 1 Satz 2 Nr. 4) . . . . .	15
5. Verwendungsvorbehalt (Abs. 1 Satz 3) . . . . .	16
IV. Sonderregelung für rechts- und wirtschaftsberatende Berufe (Abs. 2) . . . . .	17
V. Sonderregelung für Verpflichtete iSv § 2 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 GwG (Abs. 3) . . . . .	19
VI. Rechtsverordnungsermächtigung (Abs. 4) . . . . .	21

## **§ 13 – Freistellung von der Verantwortlichkeit**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Freistellung von der Verantwortlichkeit für den Meldenden bzw. Anzeigen- den (Abs. 1) . . . . .	2
1. Umfang der Freistellung von der Verantwortlichkeit . . . . .	3
2. Der umfasste Personenkreis . . . . .	5
3. Anforderungen an den Verdachtsgrad . . . . .	6
4. Keine vorsätzliche oder grob fahrlässige unwahre Meldung bzw. Anzei- generstattung . . . . .	7

III. Mitteilung eines Beschäftigten an seinen Vorgesetzten oder an eine unternehmensinternen für die Entgegennahme einer solchen Meldung zuständige Stelle (Abs. 2) . . . . .	8
---	---

#### § 14 – Meldepflicht von Behörden

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Unverzügliche Meldung durch die zuständigen Behörden (§ 14 Abs. 1) . . .	2
III. Meldepflicht sonstiger Behörden (§ 14 Abs. 2) . . . . .	4

#### § 15 – Heranziehung und Verwendung von Aufzeichnungen

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verwertung von Aufzeichnungen in Strafverfahren (§ 15 Abs. 1) . . . . .	2
III. Mitteilungspflicht gegenüber den Finanzbehörden (§ 15 Abs. 2) . . . . .	3

### Abschnitt 4. Aufsicht, Zusammenarbeit und Bußgeldvorschriften

#### § 16 – Aufsicht

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Maßnahmen und Anordnungen der zuständigen Behörde (Abs. 1) . . . . .	4
III. Die zuständigen Behörden (Abs. 2) . . . . .	8
1. Für die Bundesrepublik Deutschland-Finanzagentur GmbH das Bundesministerium der Finanzen (Abs. 2 Nr. 1) . . . . .	9
2. Zuständigkeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) (Abs. 2 Nr. 2) . . . . .	10
3. Für Versicherungsunternehmen die jeweils zuständige Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (Abs. 2 Nr. 3) . . . . .	11
4. Für Rechtsanwälte und Kammerrechtsbeistände die jeweils örtlich zuständige Rechtsanwaltskammer (Abs. 2 Nr. 4) . . . . .	12
5. Für Patentanwälte die Patentsanwaltskammer (Abs. 2 Nr. 5) . . . . .	13
6. Für Notare der jeweilige Präsident des Landgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Sitz hat (Abs. 2 Nr. 6) . . . . .	14
7. Für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer die Wirtschaftsprüferkammer (Abs. 2 Nr. 7) . . . . .	15
8. Für Steuerberater und Steuerbevollmächtigte die jeweils örtlich zuständige Steuerberaterkammer (Abs. 2 Nr. 8) . . . . .	16
8a. Für Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen im Internet (Abs. 2 Nr. 8a) . . . . .	17
9. Im Übrigen die jeweils nach Bundes- oder Landesrecht zuständige Stelle (Abs. 2 Nr. 9) . . . . .	18
IV. Auskünfte und Prüfungen durch die zuständigen Behörden (Abs. 3) . . . . .	19
V. Zeugnisverweigerungsrecht (Abs. 4) . . . . .	20
VI. Auslegungs- und Anwendungshinweise sowie Informationspflichten durch die zuständige Behörde (Abs. 5 und 6) . . . . .	21
VII. Befreiung von der Anwendung der §§ 9a bis 9c GwG (Abs. 7) . . . . .	23

**§ 16a – Zusammenarbeit mit der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde, der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung sowie mit der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde**

I. Allgemeines	1
II. Zusammenarbeit der nach 16 GwG zuständigen Behörden mit EBA, EIOPA und ESMA (Abs. 1 und 2)	4

**§ 17 – Bußgeldvorschriften**

I. Allgemeines	1
II. Sanktionierung von Verletzungen der Verpflichtungen durch das GwG als Durchsetzungsmaßnahme iSv Artikel 39 der 3. EU-Anti-Geldwäscherichtlinie – „Mindesttrias“	3
III. Einstufung der Pflichtverletzungen als Ordnungswidrigkeiten	6
IV. Die OWi-Tatbestände im Einzelnen	9
V. Bußgeldbemessung	12
VI. Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden	20
VII. Besonderheiten in Fällen der Zuständigkeit des Finanzamts als Verwaltungsbehörde	21

**Gesetz über das Kreditwesen  
(Kreditwesengesetz – KWG)  
in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998**

**§ 6 a KWG – Besondere Aufgaben**

I. Allgemeines	1
II. Voraussetzungen der Anordnungsbefugnis	3
III. Rechtsmittel	7
IV. Abgrenzung zum AWG	8
V. Exkurs: Finanzsanktionen	9

**§ 24 c KWG – Automatisierter Abruf von Kontoinformationen**

I. Allgemeines	1
II. Verpflichtete zur Vorhaltung der Konto-Abrufdatei	2
III. Inhalt der Konto-Abrufdatei	4
IV. Abrufberechtigte	17
V. Datenschutzaspekte	25
VI. Kostentragung	27
VII. Rechtsverordnungsermächtigung	28
VIII. Sanktionen	29

**§ 25f KWG – Einhaltung der besonderen organisatorischen Pflichten im bargeldlosen Zahlungsverkehr**

I. Allgemeines	1
II. Geldtransfer-Verordnung (Nr. 1)	3
1. Gegenstand, Begriffe, Geltungsbereich (Art. 1 bis 3)	4
2. Die Pflichten des Zahlungsverkehrsdienstleisters des Auftraggebers (Art. 4 bis 7)	5

3. Die Pflichten des Zahlungsverkehrsdienstleisters des Begünstigten (Art. 8 und 9) . . . . .	6
4. Pflichten zwischengeschalteter Institute; technische Beschränkungen (Art. 12 und 13) . . . . .	8
5. Allgemeine Pflichten, Sanktionen und Durchführungsbefugnisse (Art. 14 bis 16) . . . . .	9
6. Ausnahmeregelungen (Art. 17 ff.) . . . . .	10
III. Verordnung über grenzüberschreitende Zahlungen (Nr. 2) . . . . .	11

### **§ 25g KWG – Interne Sicherungsmaßnahmen**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement (Abs. 1) . . . . .	6
III. Angemessene Datenverarbeitungssysteme (Abs. 2) . . . . .	13
IV. Prüfung, Dokumentation, Informationsaustausch (Abs. 3) . . . . .	19
V. Geldwäschebeauftragter (Abs. 4) . . . . .	23
VI. Auslagerung interner Sicherungsmaßnahmen (Abs. 5) . . . . .	28
VII. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 6) . . . . .	30
VIII. Einrichtung einer zentralen Stelle (Abs. 9) . . . . .	31

### **§ 25 h KWG – Vereinfachte Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Fallgruppen . . . . .	2
1. Einzelne Produkte . . . . .	3
2. Besondere Vertragstypen . . . . .	11

### **§ 25i KWG – Vereinfachungen bei der Durchführung der Identifizierung**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Vereinfachung der Identifizierung . . . . .	2

### **§ 25 j KWG – Verstärkte Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Zahlungsverkehr mit Korrespondenzbanken (Abs. 1) . . . . .	3
III. Verstärkte Sorgfaltspflichten (Abs. 2) . . . . .	8
IV. Sortengeschäft (Abs. 3) . . . . .	14
V. Sorgfaltspflichten für Factoringinstitute (Abs. 4) . . . . .	17
VI. Anordnungsbefugnis der BaFin (Abs. 5) . . . . .	18

### **§ 25 k KWG – Gruppenweite Einhaltung von Sorgfaltspflichten**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Adressaten der Vorschrift . . . . .	2
III. Einzelne Pflichten . . . . .	4
IV. Verantwortlichkeit der Geschäftsleiter . . . . .	6
V. Nichtdurchführbarkeit von Verpflichtungen . . . . .	7

### **§ 25l KWG – Verbotene Geschäfte**

I. Allgemeines . . . . .	1
II. Verbot von Geschäftsbeziehungen mit Bank-Mantelgesellschaften . . . . .	2
III. Verbot von payable through accounts . . . . .	3

**§ 25m KWG – Sorgfalts- und Organisationspflichten  
beim E-Geld-Geschäft**

I. Allgemeines	1
II. Sorgfalts- und Dokumentationspflichten bei der Ausgabe von E-Geld (Abs. 1)	4
III. Absehen von Sorgfaltspflichten (Abs. 2)	5
IV. Verpflichtung zur Führung von E-Geld-Inhaber-Dateien (Abs. 3)	6
V. Aufsichts- und Prüfungskompetenz der BaFin (Abs. 4)	7
VI. Vereinfachte Sorgfaltspflichten (Abs. 5)	8

**Geldwäscherechtliche Pflichten im Zahlungsdiensteaufsichtsgesetz  
(ZAG)**

1. Allgemeines	1
2. Geldwäscherechtlich bedeutsame Regelungen im ZAG	4
a) Erlaubniserteilung	5
b) Versagung der Erlaubnis	6
c) Anteilseignerkontrolle	7
d) Abberufung des Geschäftsleiters	8
e) Prüfung	9
f) Geldwäscherechtliche Pflichten für Agenten	10
g) Besondere organisatorische Pflichten sowie Sicherungsmaßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	12
h) Zweigniederlassungen aus dem EWR	18
i) Bußgeldvorschriften	19
j) Übergangsvorschriften	20

**§ 261 StGB – Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter  
Vermögenswerte**

I. Entstehungsgeschichte	1
II. Struktur des § 261 StGB – Überblick über die Regelung	6
III. Kriminalpolitische Ziele und Rechtsgut	11
1. Kriminalpolitische Ziele	11
2. Kriminalpolitischer Erfolg	15
3. Scheitern des kriminalpolitischen Programms	17
4. Konsequenzen für die Auslegung	19
5. Rechtsgut	21
a) Staatliche Rechtspflege und Ermittlungsinteresse der Strafverfolgungsbehörden	23
b) Rechtsgüter der Vortaten	24
c) Legalen Wirtschafts- und Finanzkreislauf und Volkswirtschaft	25
d) Innere Sicherheit	26
e) Ergebnis, Rechtsprechung und Auslegung	27
IV. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 261 StGB im Einzelnen	30
1. Gegenstand	30
2. Vortaten	31
a) Generelle Anforderungen an die Vortat	32
b) Vortatenkatalog im Einzelnen	35
c) Auslandstaten	44

	Rn.
3. „Herrühren“ aus der Vortat . . . . .	45
a) Unmittelbar aus der Tat herrührende Gegenstände . . . . .	55
b) Tatmittel . . . . .	57
c) Mittelbar auf die Tat zurückzuführende Gegenstände . . . . .	59
d) Auswirkungen der Vermischung sauberer und schmutziger Vermö- genswerte . . . . .	66
e) Spezialregelung des § 261 Abs. 1 S. 3 StGB: Geldwäscheobjekte aus Steuerstraftaten . . . . .	72
f) Nachweis des „Herrührens“ aus einer Katalogtat . . . . .	81
4. Tathandlungen . . . . .	83
a) Verschleierungstatbestand, Abs. 1 . . . . .	84
b) Vereitelungstatbestand, Abs. 1 . . . . .	86
c) Isolierungstatbestand, Abs. 2 . . . . .	91
d) Kontrollierte Transaktionen . . . . .	107
e) Geldwäsche durch Unterlassen . . . . .	108
5. Straffloser Vorerwerb . . . . .	111
6. Subjektiver Tatbestand . . . . .	116
a) Vorsatz gem. Abs. 1 und Abs. 2 . . . . .	117
b) Leichtfertigkeit, Abs. 5 . . . . .	119
c) Auswirkungen auf gefährdete Berufsgruppen . . . . .	123
7. Versuch, Abs. 3 . . . . .	132
V. Rechtsfolgen . . . . .	134
1. Strafraumen und Strafzumessung . . . . .	134
2. Einziehung und Verfall, Abs. 7 . . . . .	136
VI. Strafausschließungsgrund bei Vortatbeteiligung, Abs. 9 S. 2 . . . . .	137
1. Begründung . . . . .	137
2. Tatidentität von Geldwäsche und Vortaten des BtMG und der Steuerhin- terziehung . . . . .	138
3. Alleinige Strafbarkeit der Vortat im Ausland . . . . .	139
4. Erwiesensein der Vortat . . . . .	140
VII. Selbstanzeige . . . . .	141
VIII. Konkurrenzen . . . . .	147
IX. § 262 StGB, Führungsaufsicht . . . . .	149